

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Löbnitz, Neulöbnitz, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Telefon: Aue 21, 22, 23 (Vom Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 376. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Angaben über die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vorläufig 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Vollständigkeit der Angaben am vorläufigen Tage kann an bestimmten Stellen nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Mitteilungen. — Für Rückgabe unentgeltlich empfangener Exemplare übernimmt die Expedition keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Jubiläumsgeldern und sonstigen Geldleistungen ist nicht verfahren. Hauptgeschäftsstellen in Aue, Löbnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Feiertagen.  
Abonnementpreis (einschl. Postgebühren) im Vorauszahlung: 1. Vierteljahr 2.00 Mk., 2. Halbjahr 3.50 Mk., 3. Jahr 6.00 Mk., 4. Jahr 8.00 Mk., 5. Jahr 10.00 Mk., 6. Jahr 12.00 Mk., 7. Jahr 14.00 Mk., 8. Jahr 16.00 Mk., 9. Jahr 18.00 Mk., 10. Jahr 20.00 Mk.  
Verlags- und Druckerei: Erzgeb. Nr. 1222.  
Gemeinde-Druckerei: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Nr. 126.

Sonntag, den 3. Juni 1923.

76. Jahrg.

In das Handelsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist eingetragen worden:  
am 23. Mai 1923:  
1., auf dem Blatte 614, die Firma Westermann & Co. in Schwarzenberg betr., daß dem Kaufmann Robert Friedrich Jordan in Schwarzenberg Prokura erteilt ist;  
2., auf dem Blatte 794, die Firma Obererzgebirgische Metallwaren-Industrie Paul Schmidt in Schwarzenberg und als Inhaber der Kaufmann Paul Rudolf Schmidt in Schwarzenberg. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Haus- und Küchengeräten;  
am 26. Mai 1923:  
3., auf dem Blatte 711, die Firma Erzgeb. Emaille- und Blechwaren-Industrie Karl Steffens in Schwarzenberg betr., daß Eile Hedwig Therese vhl. Steffens geb. Schmiedel in Schwarzenberg in das Handelsregister eingetragen und die Gesellschaft am 1. Juli 1922 errichtet worden ist;  
am 28. Mai 1923:  
4., auf dem Blatte 785, die Firma Metallwarenfabrikation für Haus- und Küchengeräte Walthers Groß, Raschau i. Erzgebirge und als Inhaber der Klempnermeister Martin Walthers Groß in Raschau i. Erzgeb. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Haus- und Küchengeräten;  
am 29. Mai 1923:  
5., auf dem Blatte 796, die Firma C. Hermann Groß, Metallwarenfabrik in Grünhain und

als Inhaber der Klempnermeister Carl Hermann Groß in Grünhain, sowie daß dem Geschäftsführer Hans Wilhelm Groß in Grünhain Prokura erteilt ist. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Haus- und Küchengeräten.  
Amtsgericht Schwarzenberg, am 31. Mai 1923.

## Stromunterbrechung.

Wegen dringender Betriebsarbeit wird das städtische Elektrizitätsnetz am Sonntag, den 3. Juni, von früh 6 Uhr bis voraussichtlich 2 Uhr mittags ausgeschaltet.  
Aue, den 1. Juni 1923. Direktion der städtischen Gas- und Elektrizitäts-Versorgung.

## Rugholzversteigerung.

Im Gasthause zum „Sächsischen Hof“ in Löbnitz sollen Mittwoch, den 6. Juni 1923, von vorm. 10 Uhr an, 540 ft. Stämme, 10—28 cm; 210 ft. Röhre, 7—15 cm; 12 ft. Röhre, 16—37 cm; 96 ft. Stangen, 7—13 cm; sowie etwa 50 cm noch in Aufbereitung befindliche Rührholz veräußert werden.  
Löbnitz, den 31. Mai 1923. Der Kirchenvorstand.

## Kirchenwald Löbnitz.

## Sächsische Wirren.

— I. Es ist wohl kein Zufall, daß außer im Ruhrgebiet, wo die Verhältnisse ganz besonders liegen, lediglich im Freistaat Sachsen der Versuch gemacht worden ist, kommunistische Pläne durchzuführen. Daß die Erwerbslosenunruhen bei uns lediglich diesen Zwecken dienen sollten, liegt auf der Hand. Auch der Grund ist klar, weswegen die Moskauer gerade Sachsen als neues Versuchsobjekt auswählten. Wie hier die Dinge liegen, sieht jedes politische Kind, und man kann sich eines Kommentars, der in das Einzelne geht, enthalten.

Wir leben hier mehr als wo anders in Deutschland auf einem Vulkan. Jeden Augenblick kann an einer anderen Stelle der Puff losgehen. Das ist die Folge des Versuchs, die kommunistisch-sozialistische Einheitsfront herzustellen, eine Konstellation, die, außer in Thüringen und Braunschweig, überall in Deutschland abgelehnt worden ist. Die Frage ist nun, ob die sächsische Regierung und die Parteien, von denen sie abhängt, aus den Lehren der vergangenen Tage die Folgerungen ziehen werden. Die Frage ist — wie man leider aussprechen muß — bis auf Weiteres zu verneinen. Herr Wente, der frühere radikale Unabhängige, mußte zwar als Dresdener Polizeipräsident die herrliche und unberitene Polizei mit Gumminüssen und Karabinern auf diejenigen loslassen, denen er seine Stellung zu verdanken hat, und man wird ihn deswegen im Landtage und in der Linkspresse nicht gerade mit Rosenworten überschütten, aber schließlich — wir wissen das aus Beispielen der neuesten sächsischen Geschichte — wird man sich wieder in den Armen liegen, und die unschuldigen und schuldigen Opfer der Putsche werden die einzigen sein, welche die Jechen bezahlen. Denn das, was die beiden Regierungsparteien in Sachsen zusammenfassen, kann durch kein Proletariat gelöst werden: der Haß gegen die, die andere politische Ideale haben als ganz- oder halbmoskowitzische.

Wenn man auf diesem Wege fortfährt, so werden die Staatsautorität, wenn man überhaupt noch von einer solchen reden kann, und vor allem das gesamte sächsische Volk und seine hochentwickelte Wirtschaft den schwersten Schöden nehmen. Diese Vinsenwahrheit sollte doch endlich überall in Sachsen durchdringen, wenn nicht bei der Regierung und gewissen Parteiführern, so doch bei den Regierten und den Parteiangehörigen.

### Der Reichswehminister in Dresden.

Dresden, 2. Juni. Reichswehminister Gehler wollte gestern in Dresden und hatte mit dem Ministerpräsidenten Reigner, dem Minister des Innern, Liebmann, und Vertretern des Reichswehrkommandos IV eine Unterredung.

### Krawalle in Bautzen.

Bautzen, 1. Juni. Die kommunistischen Unruhen, die am Mittwoch nachmittags begannen, hielten fast die ganze Nacht hindurch an. Vor dem Gewandhaus, in dem ein Teil der städtischen Kasernen untergebracht ist, bildete sich eine größere Ansammlung, woraus der Zugang von einem starken Polizeikommando besetzt wurde. Vor einzelnen Fabriken fanden Demonstrationen zwecks Einstellung Erwerbsloser statt. Die Demonstranten zogen vor die Vergnügungsgärten und erzwangen deren Schließung. Die Polizeibehörde, unter deren Augen sich die Vorgänge abspielten, verzichtete im passiven Widerstand und begründete dies damit, daß, so lange es nicht zu Ausschreitungen käme, zum Einschreiten kein Anlaß vorliege.

Donnerstag vormittag zeigte die Stadt das gewohnte Bild, doch die Weinstuben, Kaffees und Konditoreien, sowie die größeren Schank- und Speiselokale hielten geschlossen. Die Besitzer haben von den Demonstranten die Befehle erhalten, so lange geschlossen zu halten, bis die von den Erwerbslosen an den Stadtrat gestellten Forderungen bewilligt sind. Das Verlangen auf Schließung der Lokale wurde mit dem nicht mißzuverstehenden Hinweis gestellt, daß Nichtbefolgung ernste Folgen nach sich ziehen würde. Kontrolltruppen durchziehen die Straßen und überwachen die Durchführung der erzwungenen Maßnahmen. Das Rathaus ist nur noch von einem Tor aus zugänglich und im Innern sind starke Polizeiaufgebote postiert. Am Nachmittag fanden erneut Straßendemonstrationen gegen Bücher und Zeitung statt. Am Vormittag desselben Tages zogen Demonstrationszüge auch nach dem platten Lande. Die Gewerkschaften stehen noch wie vor auf dem Standpunkte, sich daran nicht zu beteiligen.

Dresden, 1. Juni. Zu den Unruhen in Bautzen verbreitet die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgende Mitteilung: Nachdem am 30. Mai bereits eine Erwerbslosendemonstration gegen die Ver-

bensmittelpreiserhöhung stattgefunden hatte, wobei von der Menge einzelne Lokale, besonders Luxus- und Schlemmerlokale, zur Schließung aufgefordert wurden, Aufsehungen aber nicht vorliefen, hat sich gestern ein bedeutender Zusammenstoß ereignet. In der achten Abendstunde sammelten sich Demonstranten an, welche die Forderung nach der Entfremdung der Gendarmerei stellten. Als die Gendarmerei ausging, um eine Gastwirtschaft vor Demolierungen zu schützen, kam es zu Zusammenstößen, bei denen die Gendarme von Gumminüssen Gebrauch machten. Die Menge zog dann vor das Polizeigebäude, das sie umlagerte. Durch die Fenster wurde mit Knäpeln und Steinen geworfen. Polizeibeamte versuchten den Platz zu räumen, worauf aus den Reihen der Demonstranten einzelne Schüsse fielen. Darauf machten die Polizeibeamten von ihren Schusswaffen Gebrauch. Zuerst gaben sie Scherenschüsse ab. Hinterher wurde scharf geschossen. Um 11 Uhr war der Platz geräumt. Durch die Schüsse ist eine Frau getötet und ein Mann durch einen Kopfschuß verletzt worden, an dessen Folgen er im Krankenhaus gestorben ist. Außerdem sind fünf Schwerverletzte zu verzeichnen. Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bemühen sich, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Nach einem Bericht aus Bautzen sind die beiden getöteten Personen nicht Demonstranten, sondern Reizgierige.

Dresden, 1. Juni. Nachdem nun endlich öffentliche Zusammenrottungen unter Androhung scharfster Maßnahmen verboten worden sind, ist in Dresden mit einem Schläge Ruhe eingetreten. Es ist bemerkenswert, daß die Mannschaften der grünen Polizei vom Polizeipräsidenten Wente den rüchstenlosen Gebrauch der Abwehrmittel mit dem Bemerkten verlangten, daß sie sonst ihren Dienst niederlegen und dem Unheil seinen Lauf lassen müßten. Der scharfe Zugriff ist also von den Polizeibeamten erzwungen worden.

### Amerikanische Anleihe und die sächsischen Unruhen.

Genf, 1. Juni. Der „Herald“ meldet aus New York: Die New Yorker Großbank ist nach wie vor gegen eine Teilnahme an der Kreditaktion für Deutschland, wegen der Schwäche der deutschen Regierung gegen die roten Umstürzer, die zur Kapitulation der sächsischen Regierung vor den Gastenterror geführt haben. Amerika würde nie sein Geld einem kommunistisch geleiteten Deutschland leihen, sondern nur einem solchen, das durch Festigkeit die ruhige Entwicklung und die Sicherung der Anleihe verbürgen könne. Auch die endliche Aufnahme der Reparationserfüllungen sei für Amerika Voraussetzung zu einer Hilfe.

### Die Dedung der Brotzuschüsse.

Berlin, 1. Juni. Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Gesetzentwurf zur Sicherung der Brotversorgung und nahmen mit 38 Stimmen bei einigen Stimmenentzweigungen folgenden Antrag an: Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuss drücken die bestmögliche Erwartung aus, daß die für die Brotzubereitung zur Verfügung zu stellenden Beträge in keinem Fall über diejenigen Summen hinausgehen dürfen, die tatsächlich für diesen Zweck beschafft werden. Einer Fortsetzung der Brotzuschüsse mit dem Mittel der roten Presse würden die beiden Ausschüsse aufs entschiedenste widersprechen.

Es wurde ferner beschlossen, daß die Dedung der verbleibenden Brotzuschüsse in vollem Umfang vom Besch zu tragen sei. Daher sei bei der Erhebung der Zwangsanleihe die zur Dedung der Brotzuschüsse wirklich erforderliche Gesamtsumme sowie das Geldentwertungsmoment unbedingt in Betracht zu ziehen.

Mit geringer Mehrheit wurde folgender von den Arbeitgebern der Landwirtschaft gestellte Antrag angenommen: Bei der Aufstellung der etwa erforderlichen weiteren Mittel ist dafür zu sorgen, daß wegen der Belastung des Vermögens und Besizes auch eine entsprechende Herabsetzung aller tragfähigen Schultern, mit Ausnahme der Lohn- und Gehaltsempfänger, bewirkt wird. Mit diesen Abänderungen wurde der Gesetzentwurf im ganzen gebilligt.

### Die Industrie zur Reparationsfrage.

Berlin, 1. Juni. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hatte die Vertreter der Presse gestern zu einer Versprechung geladen, in der mehrere seiner Mitglieder Ausschluß über die Auffassung des deutschen Leistungsproblems gaben.

Das Gutachten der Industrie habe nicht etwa Vorschriften für die Regierung enthalten, sondern solle nur als ein Gutachten der Art gelten, die der Reichsverband vertritt. Noch ehe das Präsidium sich mit den Gewerkschaften habe in Verhandlungen setzen können, habe die Veröffentlichung des Sachverhalts veranlaßt werden müssen, weil ein Exemplar unzureichend nach Paris gelangt war.

Mit besonderem Nachdruck wurde vor der Antastung der deutschen Wirtschaftssubstanz zu Reparationszwecken gewarnt. Die Reichsbahnen müßten wieder produktiv verwendet werden; dazu helfe der Reichsverband seine Hilfe zur Verfügung. Die Reichsbahnen sollten nicht etwa in privatwirtschaftliche Hände übergehen. Im Hinblick wäre die deutsche Wirtschaft auch ohne Reparationen nicht tragfähig. Um sie wieder gesund zu machen, sind zwei Voraussetzungen notwendig: die Erhöhung der Produktion und die Befreiung des Außenpolitischen Druckes. Die deutsche Wirtschaft würde zugrunde gehen, wenn sie Substanz direkt an das Ausland liefern oder ihr Betriebskapital verlieren lassen müßte, oder die deutsche Souveränität eingeschränkt würde.

### Der Kampf um die Wirtschaftsformen der Reichsbahnen.

Berlin, 1. Juni. Zu der Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die Reichs- und Staatsbetriebe, vor allem also die Reichsbahnen, nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten zu verwalten, ist auf Antrag einer großen Organisation der Organisationsausschuss beim Reichsverkehrsministerium einberufen worden. In den nächsten Tagen werden auch die großen Eisenbahnorganisationen noch dazu beschlossene fassen. Eine nicht auf freigewerkschaftlichem Boden stehende Gewerkschaft ist der Ansicht, daß vor endgültigen Beschlüssen zwischen dem Reichsverband und allen Spitzengewerkschaften eine vertrauliche Aussprache stattfinden, in der der Reichsverband über seine Vorschläge den Vertretern der Beamten- und Arbeitervereine nähere Erläuterungen geben würde.

Berlin 1. Juni. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands haben der Reichsregierung ein Schreiben überreicht, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Aufhebung ausländischer politischer Verordnungen, Deutschland soll ein neues Angebot an die Entente machen, ein Mittel zur Herabsetzung des deutschen Widerstandes darstellt. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände erwarten für ein neues deutsches Angebot nur demütigende Ablehnungen. „Diesen Weg weiter zu verfolgen, heißt Deutschland dem Abgrund nur noch näher bringen.“ Jedes deutsche Angebot sei praktisch belanglos und biete nur Handhaben und Anhaltspunkte zu späteren Erfassungen.

Genf, 1. Juni. Die gestern hier abgehaltenen Revierkonferenzen des alten Bergarbeiterverbandes des saßte zu dem Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Entschliebung, in der es heißt: Die Forderungen des Reichsverbandes bedeuten eine so bedrohliche Bedrohung dessen, was die Arbeiterklasse auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet errungen hat und somit eine so große Gefahr für eine vernünftige Entwicklung der Produktion, daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands zu der ersten Erklärung genötigt ist, daß er sich der Verwirklichung dieser Pläne mit allen Mitteln widersetzen wird.

### Der Gegensatz zwischen Belgien und Frankreich.

Berlin, 1. Juni. Aus Paris meldet die „A. Z.“: In hiesigen politischen Kreisen verlautet, Belgien habe seiner Forderung nach beschleunigtem Meinungsaustausch mit Frankreich über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Reparationsprogramms dadurch Nachdruck verliehen, daß es im Falle eines weiteren französischen Zudrängens mit Zurückziehung seiner Truppen aus dem Ruhrgebiet gedroht habe.

Nach Mitteilung in der Presse habe England am 5. Mai dem belgischen Botschafter in einer dramatischen Unterhaltung offiziell zu verstehen gegeben, daß Belgien zwischen der Freundschaft Englands und der Fortsetzung der französisch-belgischen Sonderaktion wählen müsse. Am 17. Mai hätte Lord Curzon mit dem belgischen Botschafter eine neue entscheidende Unterredung gehabt, als deren Ergebnis die belgischen Veröffentlichungen an Frankreich zu betrachten seien.

Rom, 1. Juni. Die italienische Regierung verhält sich in dieser Angelegenheit ebenso neutral wie London. Dagegen scheint richtig zu sein, daß Mussolini beabsichtigt, nach Ueberwindung der deutschen Note und vorausgesetzt, daß diese bestimmte Erwartungen erfüllt, für eine interalliierte Konferenz einzutreten, die versuchen soll, eine gemeinsame Aussprache der Alliierten in der Reparationsfrage zu erzielen.

### Baldwins Bemühungen.

London, 1. Juni. Nach dem „Manchester Guardian“ befaßt sich das britische Schachamt augenblicklich damit, die britische Reparationspolitik zeitgemäß zu gestalten. Baldwin sei entschlossen, eine Regelung des Problems der Reparationen und der interalliierten Schulden zu versuchen. Die Minister hätten beschlossen, die dem Plane Bonor Laws vom Januar zugrunde liegenden Prinzipien aufrecht zu erhalten unter einer Revision der Zahlenwerte. Das Schachamt prüfe die Gesamtfrage von neuem, um abzuschätzen, welchen Einfluß die Ruhrbesetzung auf den britischen Plan habe.

London, 1. Juni. Die „Times“ melden, die in London gemeldete deutsche Finanzkommission hat das Versprechen Mac Kennas mitgenommen, daß Großbritannien eine finanzielle Hilfe für